

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

15.1.1932 (No. 12)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. Amenb., Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig.

Weshalb sind unsere Neubauwohnungen so teuer?

Von Professor S. Wolff (Salz)

Wir veröffentlichen diesen von einem Fachmann stammenden Artikel, wenn er auch die durch die Notverordnung neu geschaffene Sachlage noch nicht behandelt, weil er einen wertvollen Beitrag zur Diskussion eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Thematia unserer Zeit darstellt.

Die Mietpreise der Neubauwohnungen sind überall in Deutschland sehr hoch; sie sind es im besonderen im Vergleich zu den Altwohnungen.

Der Quadratmeter Wohnraum kostet in den Altwohnungen der größeren Städte heute 6-8 RM jährlich, in den Neubauwohnungen derselben Städte dagegen 10-14 Reichsmark.

Ein weiterer Grund für das Bestehen des erheblichen Preisunterschiedes liegt außerdem in der (unbegreiflichen) Tatsache, daß wir zwar die Wohnungen statistisch peinlichst zählen, aber deren Mietpreise hierbei ignorieren, so, als ob die Miete unwesentlich für die Befriedigung des Wohnbedürfnisses sei.

Die Mieten sind nicht nur der Maßstab für den Wohnungsuchenden, sondern zugleich der Ausdruck der Baukosten. Auf den Baukosten baut sich jede solide Mietpreiskalkulation auf.

- Solche Kalkulation enthält folgende Positionen: 1. Verzinsung und Amortisation der Baukosten, 2. öffentliche Auflagen, 3. Verwaltungskosten des Vermieters, 4. Gewinn des Vermieters.

Wenn ich für ein einfaches Althaus mit 6 Dreizimmer-Wohnungen und ein zeitgemäßes Neubau derselben Art die Kalkulation gegenüberstelle, so berechnet sich der durchschnittliche Jahresmietzins der Wohnung in jedem der beiden Häuser etwa wie folgt:

Table comparing costs for an old house (Althaus) and a new house (Neubau) across categories like building costs, taxes, and profit.

Unser nach der Wirklichkeit gebildetes Durchschnittsbeispiel ergibt bei 80 Quadratmeter der Altwohnung 6,87 Reichsmark pro Quadratmeter und Jahr, bei 68 Quadratmeter der Neubauwohnung 13,17 RM pro Quadratmeter und Jahr.

Da die Baukosten der Neubauwohnungen da, wo Hypotheken aus Hauszinssteuermitteln bewilligt sind, sich für vielleicht 50% der Baukosten auf 3% Zins herabdrücken, so müßte eigentlich eine sehr viel niedrigere Miete sich ergeben.

Ja, wenn man berücksichtigt, daß die Hypotheken aus Hauszinssteuermitteln vielfach in den ersten Jahren nur mit 1% verzinst werden müssen, sollte eine noch weitere Angleichung an die Mietätze der Altwohnungen möglich gewesen sein.

Dafür gibt es folgende wichtige Erklärung: Die überstarke Anregung der Wohnbauwirtschaft seit 1924 hat die Nachfrage nach Baustoffen und Bauarbeiterkräften stark gesteigert und demgemäß die Preise für die Baustoffe und die Löhne der Bauarbeiter in die Höhe getrieben.

Tatsächlich liegt der Baustoffindex seit Jahren weit über dem sonstigen Halbwaren-Index; und zwar um 20 bis 30 Punkte darüber.

* 6% Zins des Friedenswertes des Kaufes; die übrigen Prozentätze beziehen sich auf die Grundmiete.

Letzte Nachrichten

Der Reichsnachtragsetat 1931 Vorbesprechungen im Reichsrat

BRN, Berlin, 15. Jan. (Tel.) Wie wir erfahren, beginnen Anfang der kommenden Woche innerhalb des Reichsrats Vorbesprechungen über den von der Reichsregierung unterbreiteten Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1931.

Der Nachtragsetat soll alle diejenigen Maßnahmen eintägig berücksichtigen, zu denen die Reichsregierung bis zum Oktober gegriffen hat, also insbesondere auch die Notverordnungen. Er wird die Rückgänge bei den Steuereinnahmen deklarieren und andererseits die Herabsetzung der Ausgaben, wie sie durch die Stundung der Reparationszahlungen, durch die Kürzungen der Überweisungen an die Länder, durch die Gehaltskürzungen und durch die übrigen Sparmaßnahmen sich ergeben haben.

Die Entscheidung darüber, ob der Nachtragsetat für 1931 durch den Reichstag verabschiedet oder im Wege der Notverordnung in Kraft gesetzt wird, liegt noch beim Reichsfinanzministerium bzw. dem Reichskabinett, soll aber in Kürze getroffen werden.

Wachsende Last der Wohlfahrtsverbände

BRN, Berlin, 15. Jan. (Tel.) Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, wurden Ende Dezember in der öffentlichen Gemeindefürsorge insgesamt rund 1.650.000 Erwerbslose betreut. Im vergangenen Jahre haben sich die Wohlfahrtsverbände nahezu verdoppelt.

Deutsche Intervention in Warschau

BRN, Berlin, 15. Jan. (Priv.-Tel.) Der deutsche Gesandte in Warschau hat bei der polnischen Regierung in Warschau wegen der Ausweisung der 70 Doyanten-Familien aus dem Korridor-Gebiet interveniert.

Table showing the index of building materials from 1927 to 1931, comparing building materials and semi-finished goods.

Man sieht, daß mit der bis 1928 ständig gestiegenen Baukonjunktur der Baustoffindex gewaltig hinaufging, daß er erstmalig 1929 etwas nachließ, 1930 trotz allgemein sinkender Konjunktur aber nur zögernd nachgab und erst 1931 eine Art Zusammenbruch erlebte.

Aber immer noch steht der Baustoffindex weit über dem der Halbwaren im ganzen. Soweit das mit dem deutschen Ursprung vieler Baustoffe zusammenhängt, ist er erklärlich; aber es bleiben immer noch mindestens 15 Punkte von den 21,7 Punkten ungeklärt.

Inwieweit die niedrige Verzinsung der Hauszinssteuerehypothek der Bauherren vielleicht besonders nachgiebig gegenüber höheren Baustoffpreisen und Bauarbeiterlöhnen macht, soll hier nicht untersucht werden, weil sich kein zahlenmäßiger Beleg dafür geben läßt.

Unsere Neubauwohnungen sind also so teuer, weil die Baustoffe und die Baulöhne zu hoch liegen, und weil die Leihzinsen für die nicht öffentlichen Gelder bis etwa doppelt so hoch sind als vor dem Weltkriege.

Wirtschaftliche Umschau

Nationalisierung, Maschine, Überproduktion und Mensch - Das System der Kontingentierungen - Zucker

Unterjucht man die Ursachen der Weltwirtschaftskrise, soweit sie nur oder reinwirtschaftlich sind - unter Ausschaltung der politischen Momente und des Widerstreits der Interessen der verschiedenen Volkswirtschaften der einzelnen Länder - so kommt man darauf, daß eine, die Hauptursache, Überproduktion ist, in vielen Fällen das gleiche wie Unterkonjunktion. Um diese zu beheben, hat auf den Weltmärkten in vielen Produkten und Artikeln ein Preiskampf eingesetzt, der die Lage noch mehr verschlimmert.

Die Entwicklung der letzten Jahre war jedoch außerordentlich schnell, und daraus erklärt sich auch das außerordentliche Anwachsen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Aber dies ist nur eine Seite des Problems. Es ist richtig, wir haben in der Welt an Lebensmitteln und Konsumgütern einen Überfluß, während trotzdem Millionen von Menschen unter Arbeitslosigkeit und direktem Mangel leiden.

Es handelt sich eben darum, bei einer vermehrten Erzeugung, diese absetzbar zu halten, und dies ist bei der heutigen Lage der Weltwirtschaft nur dadurch möglich, daß der Konsum durch niedrigere Preise gesteigert wird.

Vorbedingung hierfür ist die vorausschauende wirtschaftliche oder anders gesagt, kaufmännische Berechnung vor Einführung neuer Produktionsmethoden. Daß hier im weiten Umfang gefehlt wurde, weil man zu sehr einfach klingenden, aber sich als Irrlehren herausstellenden, hauptsächlich aus Amerika gekommenen Voraussagungen getraut hat, läßt sich nicht in Abrede stellen. Wir haben in vielen Industrien in Deutschland und in der Welt zu viele und zu große Anlagen bekommen, als daß sie dem Bedarf der Menschheit entsprächen. Nicht nur, daß die dort Beschäftigten nun brotlos wurden, auch diejenigen sind betroffen, die bei der Gewinnung der Rohstoffe und der Herstellung der Produktionsanlagen selbst tätig sind. Diejenigen ferner, denen es gelang, ihre Arbeit zu kapitalisieren und ihre Ersparnisse in solchen Unternehmungen anzulegen, sind durch deren Zusammenbruch auch um den Ertrag früherer Arbeit gekommen.

Die Folge der geschilderten Entwicklung, einer ungehinderten Übersteigerung, muß ein Schrumpfungsvorgang sein, der sich nur dort wird aufhalten lassen, wo es gelingt, die erzeugten Güter wieder absetzbarer zu machen. Auf vielen Gebieten wird in absehbarer Zeit wieder neuer Bedarf eintreten und sich auch der Konsum steigern, namentlich, wenn eine wirklich rationelle Erzeugung erfolgt. Auf anderen Gebieten freilich wird es gar nicht anders gehen, als daß ein großer Abbau mit entsprechenden Verlusten für die Beteiligten eintritt, wie z. B. im überseeischen Anbau von Lebensmitteln und Produkten. Denn in diesem Punkt können viele Länder, wie Deutschland, nicht einfach weltwirtschaftlich handeln, weil sie sonst den bodenständigen und besonders wertvollen Teil ihrer Bevölkerung, den Bauernstand, vernichten würden. Dem Konjunkturabstieg wird aber auf jeden Fall langsamer oder schneller wieder schließlich eine Konjunkturbelebung folgen, dort am ehesten, wo Unternehmungen und Volkswirtschaften sich ihre innere Gesundheit bewahrt haben.

Der Überproduktion in der Welt sucht man seit langem schon auf einzelnen Gebieten durch ein System der Kontingentierung (d. h. Festsetzung von gewissen Mengen in der Erzeugung und der Einfuhr in andere Länder) zu begegnen. Eine solche Kontingentierungs-Einfuhr will die Schweiz bekanntlich auf eine große Anzahl von Waren, namentlich Fertigwaren, ausdehnen, was bekanntlich zu dem deutsch-schweizerischen Handelskonflikt geführt hat. In der Schweiz bezeichnet man ein solches System selbst als hemmend für den internationalen Warenaustausch und bedauert es im Interesse einer normalen Entwicklung der Wirtschaft. Man erklärt aber, daß man Deutschland gegenüber, dessen Notlage man durchaus anerkenne, zu derartigen Forderungen gezwungen gewesen sei, da die schweizerische Handelsbilanz nun mit 904 Millionen Franken passiv ist. Man hätte aber hinzufügen müssen, daß die schweizerische Zahlungsbilanz das bei weitem ausgleicht, denn allein die Geldeinfuhr nach der Schweiz betrug 1931 1140 Millionen Franken!

Ein Beispiel für die Kontingentierungspolitik auf einem einzelnen Produktionsgebiet, dessen Anfänge bereits bis in die Vorkriegszeit zurückreichen, bildet der Zucker. Hier hat sich zunächst infolge des gewaltigen Anstiegs der Produktion von Zucker aus Zuckerrohr in den tropischen Ländern, dann aber auch infolge der Autarkie (= Selbstversorgung) Bestrebungen in den Staaten Europas ein Zustand entwickelt, der einfach nicht mehr anders zu beheben war, als dadurch, daß man die Zuckerproduktion durch internationale Abmachungen aller Länder einschränkt. Seit langem verhandelt wieder der internationale Zuckerrat, dem sowohl Vertreter der Rohrzucker- wie der Rübenzuckerproduzenten aus aller Welt angehören, in Paris über diese Frage, und Anfang Februar soll auch eine große Zuckerkonferenz zu diesem Zweck dort stattfinden. Trotz aller Produktionseinschränkungen herrscht ein derartiger Überfluß an Zucker in der Welt, daß er einfach nirgends mehr unterzubringen ist. Auch Baden hat an dieser Frage infolge des nicht unbedeutenden Rübenbaus im Norden unseres Landes ein erhebliches Interesse, und noch größer ist das Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft daran, zumal die deutsche Zuckererzeugung — Deutschland war einst ein wichtigstes Ausführland, während es heute von allen Seiten her mit Zucker überschweimt zu werden droht — trotz aller Einschränkungen der Anbauflächen und der Fabrikation noch immer viel zu hoch ist. Die Industrie kann nur unter schweren Verlusten Zucker auf dem Weltmarkt absetzen, während im Inland die Preise dadurch gesetzlich festgelegt sind, daß bei Überschreitung der Höchstpreise sogleich eine Herabsetzung des Einfuhrzolls, des Dammes, den man gegen das Überangebot aus dem Ausland errichten mußte, in Kraft tritt. Dieser Zoll ist dadurch notwendig geworden, daß z. B. Java imstande ist, Zucker zur Hälfte der Vorkriegspreise nach Deutschland zu liefern, was natürlich den vollständigen Ruin der deutschen Fabriken und der rübenbauenden Landwirte bedeuten würde.

Die Pariser Konferenz sucht deshalb durch Vereinbarung neuer einschneidender Einschränkungen des Anbaus sowohl von Rohrzucker wie von Rübenzucker einen Kompromiß aller gegen alle zu vermeiden, der die Zuckerwirtschaft der Welt ganz ruinieren müßte. Dabei sind schon umfangreiche Einschränkungen vorgenommen worden. In Deutschland wird sich im Zuckerwirtschaftsjahr 1931/32 in 216 Fabriken die Zuckererzeugung voraussichtlich um rund 39 Proz., d. h. von 25 Millionen Doppelzentner im Vorjahr, auf 15,5 Millionen Doppelzentner vermindern,

in Europa bei 579 (im Vorjahr 614) in Betrieb befindlichen Fabriken von 39 1/2 Millionen Tonnen auf 25 Millionen Tonnen, d. h. um 37 Proz.

Was wird in Lausanne?

Teilnahme Frankreichs nur nach Verständigung mit England und Deutschland?

Gen. London, 15. Jan. (Priv.-Tel.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ glaubt zu wissen, daß der französische Ministerpräsident Laval gewissen ausländischen Vorkämpfern in Paris zu verstehen gegeben habe, Frankreich werde an der Lausanner Konferenz nur teilnehmen, wenn es eine vorläufige Verständigung mit Großbritannien und Deutschland erreicht habe.

Reynes für „völlige“ Streichung — aber für bescheidene Zahlungen Deutschlands

Gen. London, 15. Jan. (Tel.) In einem Artikel tritt der bekannte Wirtschaftsexperte Reynes dafür ein, daß die britische Regierung sich offen für völlige Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden und für die Vertagung der Lausanner Konferenz um sechs Monate erklärt. Reynes schreibt: An den Staatsmännern und der Welt ist es jetzt, die Fragen zu behandeln, für die sie Verständnis haben sollten. Ich bin sicher, daß das britische Volk einmütig wünscht, daß die Regierung entschlossen für die völlige Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden eintritt, und daß der Premierminister sich an die Seite Jaksens stellt und den Aufruf Dr. Brünnings unterstützt. Dies sollte unsere „erklärte“ Politik sein. Diese Politik braucht aber nicht unbedingt zu sein mit der Rücksichtnahme auf die diplomatischen Schwierigkeiten und den verschiedenen Grad der Entwicklung, den die öffentliche Meinung der verschiedenen Länder erortert hat. Deshalb wäre es, so meint Reynes, im Interesse einer vereinbarten Regelung für Deutschland der Mühe wert, sein Einverständnis zu erklären, bescheidene und vernünftige Summen zu zahlen, wenn dadurch eine Regelung möglich würde.

Der Schlussteil des Aufsatzes bezieht sich auf die Konferenz von Lausanne und besagt: Die Beschlüsse, die in Lausanne zu fassen sind, könnten die folgende Form annehmen:

1. Ein Versprechen der Alliierten, Deutschland noch in diesem Jahre einen präzisen und endgültigen Vorschlag für die endgültige Festsetzung seiner Verpflichtungen zu machen.
2. Eine Vereinbarung, die Entwicklung der Wirtschaftskrisis während weiterer sechs Monate zu beobachten, bevor dieses Angebot gemacht wird.
3. Im Hinblick auf diese Ziele eine Verlängerung des Maratoriums Deutschlands bis zum 15. Dezember und eine Vertagung der Konferenz um sechs Monate.

Gen. London, 15. Jan. „News Chronicle“ sagt in einem Leitartikel: Die beiden letzten Äußerungen zum Reparationsstreit, die von Mussolini und von Reynes, haben den großen Vorzug, daß sie sowohl klar als auch praktisch durchführbar sind. Aber trotz der vielleicht vorhandenen Fähigkeit Deutschlands, etwas zu bezahlen, würde es ungeheuer vorteilhaft sein, wenn mit dem Schwamm über die ganze Schiefertafel gefahren werden könnte, wie Sir Walter Layton dies am Mittwoch sagte. „Morningpost“ führt zur Rede Laytons aus: Wenn Deutschland wieder zahlungsfähig ist, dann ist es nur recht und angemessen, daß es einen fairen Anteil an dem allgemeinen Anteil bekommt. „Daily Mail“ sagt: Eine Befreiung der Reparationen würde Deutschland einen großen Vorteil geben. Die britische Industrie könnte dann niemals hoffen, die Konkurrenz mit Deutschland auszuhalten. In der „Daily Mail“ sagt Esmond Harmsworth, der Sohn des Besitzers des Blattes, Lord Rothermere: Wie auch die Regelung von Lausanne ausfallen werde, es sei unbedingt notwendig, daß England und Frankreich zusammenhalten.

Im Zeichen der Abrüstung

Die Erneuerung der amerikanischen Kriegsschiffe

Gen. Washington, 15. Jan. (Tel.) Vor der Marinekommission des Senates erschien Konteradmiral Bristol, um sie dringend zu ermahnen, das sechsjährige Flottenbauprogramm anzunehmen und nicht, wie es jetzt der Fall ist, die Marinekredite jährlich zu bewilligen. Konteradmiral Bristol erklärte, daß anders die amerikanische Flotte nicht auf einen befriedigenden Stand gebracht werden könne, und betonte, die Flotte sei, speziell was ihre Zerörter anlangt, schlecht ausgerüstet und nicht in der Lage, Gefechte durchzuführen. (?)

Zum Tode der Königin-Mutter von Griechenland hat ihr Bruder, der ehemalige deutsche Kaiser, an den in Frankfurt weilenden Erlkönig von Griechenland ein Beileidstelegramm gerichtet, in dem er mitteilt, daß er sich bei der Trauerfeier durch den Bringen eines Kranzes betreten lassen wird. Die Trauerfeier findet voraussichtlich am Sonntag auf Schloß Friedrichshof bei Coburg statt. Im Anschluss wird die Leiche der Königin nach Florenz überführt. Dort soll sie an der Seite ihres Gatten König Konstantin beigesetzt werden, der merkwürdigerweise vor neun Jahren an demselben Tage in Palermo einem Schlaganfall erlegen ist.

Gegen den Usa-Konflikt „Dora“ kam es in Zürich zu Protestkundgebungen der sozialistischen Jugend. Es erklangen Rufe wie „Nieder mit dem Krieg!“ und „Hoch das internationale Proletariat!“ Die Vorführung mußte schließlich abgebrochen werden.

Österreich legt die Tilgungsrate für Auslandsschulden herab? Österreich hat den Auslandsgläubigern vorgeschlagen, die bisherige Tilgungsrate von 15 auf 5 Prozent herabzusetzen. Der „N. Fr. Presse“ zufolge hat bisher nur das amerikanische Gläubigerkomitee diesem Vorschlag zugestimmt. Es handelt sich um einen Gesamtbetrag von 82 Millionen Dollars, von dem jedoch bisher bereits 8 Millionen abgetragen wurden.

Die Waffensunde in Wien. Die Unterjochung der im Ottawinger Arbeiterheim beschlagnahmten Glasballons ergab, wie die Blätter melden, daß die Ballons mit Kaliumchlorat gefüllt sind. Bei den gleichfalls in großer Zahl beschlagnahmten kleineren Flaschen handelt es sich um Paraffin- und Petroleumbrandbomben.

England verlängert den Kredit für Österreich. Die Bank von England hat einer weiteren Verlängerung des der Österreichischen Nationalbank in Höhe von 100 Millionen Schilling gewährten Kredites zugestimmt.

In der Antwort Chinas auf die amerikanische Note wird erklärt, China sei bereit, mit den Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten, um der Anarchoverfallung des Neumächteabkommens Geltung zu verschaffen.

Sie Hindenburg

Eine Erklärung des Stahlhelms

„Der Stahlhelm“, das Organ des Bundes der Frontsoldaten, schreibt über die Wahl Hindenburgs:

„Selbstverständliche Voraussetzung wäre außer der Zustimmung des Generalfeldmarschalls, die Ausschaltung jeglicher Parteipolitik, gleichgültig welcher Richtung, und die Durchführung des Wahlaufes in einer Form, die der menschlichen und historischen Würde Hindenburgs entspricht. Dazu wäre nötig: 1. Die sehr rasche Vornahme der Wahl, da ja keinerlei Agitation voranzugehen braucht. 2. Die Zurückstellung jeder anderen Kandidatur, so daß der Charakter der üblichen Wahlkämpfe vermieden wird und die Volksabstimmung den Stempel einer Kürzung erhält.“

Ob eine Schilderhebung des Generalfeldmarschalls praktisch möglich ist, und wie sie im einzelnen durchzuführen wäre, darüber ist im Augenblick Schweigen besser als Reden. Es ist in der letzten Zeit mehr verredet worden, als dem deutschen Volk dienlich ist.

Der Stahlhelm wird sich in seinen Entschuldigungen auch künftig leiten lassen von dem Bestreben, der historischen Würde des großen Soldaten Hindenburg gerecht zu werden und von seinem Hochziel: Dem Wohle der Nation!

Die Staatspartei wendet sich in einem Aufruf gegen die Abhaltung der Reichspräsidentenwahl, die in Zeiten der Not nur die politischen Leidenschaften entsefle.

Die Länder und die geplante Reichswasserstraßen-Verwaltung

Der Wortlaut des Protestes der Länder

Der amtliche Preussische Pressedienst veröffentlicht jetzt die Erklärung, die Staatssekretär Krüger vom Preussischen Landwirtschaftsministerium namens aller deutschen Wasserstraßenländer mit Ausnahme der Hansestädte zu dem geplanten Reichswasserstraßen-Gesetz abgegeben hat. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die Vertreter aller deutschen Wasserstraßenländer haben den Wunsch und sind durchaus bereit, dabei mitzuwirken, daß Mängel, die bei der jetzigen Form der Verwaltung als störend empfunden werden sollten, abgeändert werden. Wenn sich auch der jetzigen Notzeit entsprechend in der wasserwirtschaftlichen Verwaltung Einsparnisse machen lassen, so weisen die Länder doch mit Nachdruck darauf hin, daß nach ihrer Überzeugung durch die geplante Neugliederung keine Ersparnisse, vielmehr erhebliche einmalige Aufkosten und laufende Mehraufwendungen zu erwarten sind, wenn nicht nur der Haushalt des Reiches, sondern auch die Haushalte der Länder und zugleich die gesamte deutsche Wirtschaft ins Auge gefaßt werden. Die Vertreter der Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Anhalt erheben ernste Bedenken gegen die vom Herrn Verkehrsminister beabsichtigte Art einer Reichswasserstraßen-Verwaltung.“

Diese Reichswasserstraßen-Verwaltung würde der Lösung des Gesamtproblems Reich-Länder vorgezogen und eine organische Reichsreform gefährden, da wieder geplant ist, wie seinerzeit bei der Schaffung einer Reichsarbeitsverwaltung eine Reichsüberverwaltung zu errichten. Werden die Stromverwaltungen aus dem Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltung herausgerissen, so wird bei der Verwaltung der deutschen Ströme der Ausgleich der vielen zu berücksichtigenden Interessen, die zum Teil einander entgegengesetzt sind, erschwert. Ein Ausgleich zwischen den Interessen des Verkehrs, der Landwirtschaft, der Kraftwirtschaft, der Hygiene, des Hochwasserschutzes, der Hafenverwaltungen usw. ist nur in einer in sich zusammenhängenden Verwaltung möglich.

Die Bedenken gegen die geplante Sonderverwaltung werden noch dadurch verstärkt, daß sie entgegen der Reichsverfassung das Recht haben soll, in die allgemeine Landesverwaltung, insbesondere in die Verwaltung der Landeskultur- und Wasserwirtschaft einzugreifen.“

Kurze Nachrichten

Der Reichsrat hielt am Donnerstag seine dritte Sitzung im neuen Jahre ab und beschäftigte sich mit kleineren Gesetzesvorlagen.

Curtius nicht Generaldirektor beim Fleck-Konzern. Die in einem Teil der Presse umlaufende Nachricht, der frühere Reichsaussenminister Dr. Curtius werde als Generaldirektor in den Fleck-Konzern eintreten, ist unzutreffend. Dr. Curtius wird lediglich als Nachfolger des Generaldirektors von der Vorsten-Vorsitzenden des Gläubigerrates beim Fleck-Konzern.

Die Steuererklärungen für 1931. Der Reichsfinanzminister hat als Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer bei der Veranlagung für die 1931 endenden Steuerabschnitte die Zeit vom 15. bis 29. Februar 1932 bestimmt.

Senkung der Brotpreise in Bayern. Die Verhandlungen des Preis-Komitees, Präsident Dr. Zahn, mit dem Münchener Bäckergewerbe führten zu einer Senkung des Brotpreises um 2 Pf. pro Kilo. In den nächsten Tagen wird der Preis-Komitee auch mit Vertretern anderer Gewerbebereiche Verhandlungen führen.

Landtagswahlen in Dessau vor dem 20. Mai. Das anhaltische Staatsministerium teilt mit, daß es die Landtagswahlen noch vor dem Ende der am 20. Mai ablaufenden Wahlperiode vornehmen werde.

Wahrscheinlich keine neuen Steuern in Preußen. Von unrichtiger preussischer Seite wird über die zur Zeit in Gang befindlichen Verhandlungen zwischen dem Reich und Preußen über den Ausgleich des preussischen Etats mitgeteilt, daß Preußen aller Wahrscheinlichkeit nach keine neue Steuern einführen wird.

Drei Monate Gefängnis für den Reichstagsabgeordneten Schläfer. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schläfer von Stuttgart wurde am 9. November vom Schnellgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am 7. November bei der kommunistischen Revolutionsfeier das Redewort des Polizeipräsidenten übertraten hatte. Die Verurteilung wurde vor dem Landgericht endigte mit der Verwerfung der Berufung.

Ein großer Waffen- und Sprengstofffund wurde in Gagen i. B. gemacht. Es wurde ein verstaubtes Sprengstoff- und Waffenlager ausgehoben. Gefunden wurden über ein Zentner Sprengstoff, 770 Sprengkapseln, eine Menge Gewehre und Pistolen sowie Munition. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Zu einer schweren politischen Schlägerei kam es in Duisburg-Pamborn bei einer nationalsozialistischen Versammlung mit Kommunisten. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter drei schwer.

Zollerhöhung in Polen. Polen hat die Zollmanipulationsgebühr um 10 auf 20 Prozent erhöht, was einer 10prozentigen Erhöhung sämtlicher Einfuhrzölle gleichkommt.

Die Durchführung der Notverordnung

Aus der Arbeit des Preiskommissars

Die Verhandlungen des Preiskommissars mit der Margarine-Industrie haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Preise für alle Sorten, außer der billigsten, um durchschnittlich 10 Prozent gesenkt worden sind. Für die billigste Margarine sind die Preisbindungen bereits durch die Notverordnung aufgehoben worden. Teilweise sind die bisherigen Kartellpreise, die für diese Sorte 33 Pf. betragen, schon auf 29 und 28 Pf. zurückgegangen.

Man nimmt an, daß Anfang nächster Woche ein endgültiger Abschluß der Verhandlungen über die Arzneimitteltage erfolgen kann.

Um die Biersteuerentung

Wie aus Berlin gemeldet wird, haben die im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über eine Senkung der Biersteuer bisher noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Es hat jedoch den Anschein, als ob die Hauptgegner einer Senkung, die Gemeinden, zu einer Neuüberlegung ihrer bisherigen Stellungnahme bereit sind. Bekanntlich wird vom Braugewerbe eine Herabsetzung der Gemeindebiersteuer von bisher 10 M in Nord- und 5 M in Süddeutschland um 50 Prozent, sowie eine Senkung der Reichsbiersteuer um 3 M je Zentner gefordert. Wenn auch mit einer Senkung in diesem Ausmaß kaum zu rechnen ist, so dürften die noch Ende dieser Woche erwarteten gesetzlichen Bestimmungen nicht allzuweit von diesem Satz entfernt bleiben.

Andererseits berichtet die „Zf. B.“:

Bei den Gemeinden liegen bestimmte Beschlüsse noch nicht vor und man hält es angebracht, die steigenden Wohlfahrtskosten zur Zeit für völlig ausgeschlossen, auf einen Teil des Biersteueraufkommens zu verdrängen, das für das laufende Etatsjahr auf rd. 210 Mill. Reichsmark geschätzt wird. Auch das Reichsfinanzministerium, das ebenso wie die Kommunen nach wie vor grundsätzlich die Notwendigkeit anerkennt, die schwermühsame Brauindustrie auf die Dauer steuerlich zu entlasten, hat beschlossen, mit Rücksicht auf die gesamte Finanzlage des Reiches zur Zeit in keine Erörterung über die Biersteuer einzutreten. Man hält es für notwendig, die Klärung der schwebenden internationalen Fragen abzuwarten, bevor irgendwelche weiteren Schritte unternommen werden. Zu gegebener Zeit beabsichtigt man dann auf die Biersteuerfrage zurückzukommen. Die durch die Notverordnung vorgeschriebene Senkung der Bierpreise war bekanntlich bis zum 1. Februar verlagert worden, weil man die Preisentung durch eine gleichzeitige Herabsetzung der Steuerfäße möglichst durchschlagend gestalten wollte. Es muß abgewartet werden, wie der Preiskommissar und die Brauereiverbände sich nunmehr auf Grund der veränderten Sachlage zur Frage der Bierpreisentung stellen werden.

Kleine Chronik

Ein Einhorn ist von ihren Himalajafüßen wieder in Kalkutta eingetroffen. Wie die Fliegerin mittel, erreichte sie in den Hochgebirgen eine Höhe von über 5000 Meter und kam bis dicht an das Mount-Everest-Wand heran. Sie hält eine Überfliegung des Mount-Everest für möglich, allerdings mit einer anderen Maschine.

In Darmstadt wurden die fünfköpfige Familie des Gasbehälterherstellers Drohmann gasvergiftet aufgefunden. Drei Kinder und der Vater sind tot. Es ist sehr fraglich, ob die einzige Überlebende, die Frau, gerettet werden kann.

Bei einer Explosion bei Schlotheim (Hüringen) ereignete sich eine Explosion. Ein Bergmann wurde getötet, drei schwer verletzt.

Das Schöffengericht Berlin verurteilte mehrere Falschmünzer, die Falschnoten und Falschkreditbriefe gefälscht hatten, zu schweren Zuchthausstrafen.

Der Geschäftsführer der deutschen nationalen Fraktion im Berliner Reichstag, Kirchner, hat sich erschossen. Das Motiv der Tat scheint in zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnissen zu liegen.

Die ununterbrochenen, weitergehenden Bergungsarbeiten auf der Karsten-Zentrum-Grube bei Deutchen haben leider noch nicht zu irgendeinem Erfolg geführt. Man will jetzt versuchen, von rückwärts an die Unglücksstätte heranzukommen. Die Rettungsarbeiten sind besonders schwierig, weil man von der Verwendung maschineller Hilfsmittel absehen muß, um die Hilfsmannschaften und die vielleicht doch noch am Leben befindlichen eingeschlossenen nicht zu gefährden.

Auf dem Hermann-Schacht der Königin-Luise-Grube, Ostfeld bei Hindenburg, ereignete sich heute Nacht ein schweres Unglück. Zwei Bergleute wurden durch giftige Gase getötet; sieben erkrankten so schwer, daß sie in das Knappschaftslazarett eingeliefert werden mußten.

Im Wiener Land wurde ein Bauer, der betrunken im Walde eingeschlafen war, von Wölfen überfallen und teilweise gefressen. Am nächsten Morgen fanden Landleute die überlebende Leichnam.

Eine Influenza-Epidemie forderte in England in der vergangenen Woche 412 Tote.

Ein Orkan wüthete in den benachbarten nordamerikanischen Staaten Mississippi und Tennessee, die außerdem von Hochwasser heimgelacht wurden. 5000 Personen haben sich auf Dächern und Bäumen geflüchtet und warten angstvoll auf Hilfe. In der Nähe von Trenton wurden sechs Personen getötet und viele verletzt.

Im Nordosten der Vereinigten Staaten von Amerika herrschen ungewöhnliche Sommertemperaturen, die stellenweise bis 26 Grad Celsius erreichen. Seit über 50 Jahren hat es eine solche Rekordwärme um diese Zeit nicht gegeben.

Der Fall Matuzs. Die Ermägungen darüber, wie man die Voruntersuchung gegen Matuzs wegen des Eisenbahnunfalls von Zückerbog zum Abschluß bringen kann, dauern an. Vielleicht muß der Potsdamer Untersuchungsrichter selbst nach Wien fahren, um Matuzs dort zu verhören. Man geht in Potsdam von der Ansicht aus, unnötige Kosten zu vermeiden, aber doch genaue Feststellungen zum Anschlag von Zückerbog zu treffen, zumal davon vielleicht auch die Verteilung der hohen Belohnung abhängen wird.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Freitagmorgen: Nördlich von England ist wieder eine atlantische Zyklone angelangt, sie wird im Laufe des heutigen Tages auch auf unsere Witterung übergreifen. Voraussage: Aufsteigende Südwestwinde, meist bewölkt und zeitweise Niederschläge bei wenig veränderter Temperatur.

Wasserspiegel: Waldshut 252 minus 2, Basel 59 minus 4, Schaffhausen 117 minus 5, Neß 275 minus 8, Mainz 472 minus 11, Mannheim 395 minus 27, Caub über 200 Zentimeter.

Badischer Teil

Die Organisation der Bezirksforstverwaltung

Durch Beschluß des Staatsministeriums werden die staatlichen Forstämter Breisach, Wollbach (Amt Lörrach) und Herrenwies (Amt Bühl) aufgehoben. Daraus ergeben sich verschiedene Änderungen in der Einteilung der staatlichen Forstbezirke, die das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 4 in einer Bekanntmachung des Finanzministeriums veröffentlicht. Mit Wirkung vom 1. Januar d. J. fallen die Forstpolizeigebiete allgemein mit den Grenzen der Forstbezirke zusammen.

Aus der badischen Landwirtschaft

Aus dem mittelbadischen Weinbaugebiet. In Neuweier (Amt Bühl) fand eine Versammlung der Mitglieder der Beobachtungskommission statt, zu der als Vertreter des Bezirksamtes Regierungsrat Werber erschienen war. Auch hatten sich die Bürgermeister der verschiedenen Gemeinden und sonstige Interessenten eingefunden. Landesökonomierat Köhler sprach über die Bedeutung der Kommission, die besonders daraus hervorgehe, daß im Jahre 1931 im Lande Baden 36 neue Reblausherde mit insgesamt 6520 befallenen Stöcken festgestellt wurden, was gegen 1930 eine Zunahme von circa 6000 Stöcken bedeutet. Die bestehenden Vorschriften müßten unbedingt eingehalten werden. Herr Köhler teilte mit, daß als Entschädigung für umgestellte Amerikanerweiden für den Bezirk Bühl 44 000 M zur Auszahlung gelangen würden. Statt Geld könnte die Entschädigung in Lieferung von Kfz-Preisen erfolgen. Es fand dann eine eingehende Aussprache über die im verfloßenen Jahre gemachten Beobachtungen statt.

Schwarzarbeit an elektrischen Anlagen ist strafbar

Die Deutsche Gesellschaft für Schadenverhütung e. V., München, Bayerische 37/39, teilt mit:

Immer wieder müssen mangelhafte elektrische Anlagen beanstandet werden, weil sie Menschen, Tiere, Gebäude und Mobilien gefährden. Nur zu oft sind solche Anlagen von boshierigen Schleichern und vorchriftswidrig angelegt worden, weil der Besitzer nicht einen anerkannten Fachmann, sondern irgendeinen Schwarzarbeiter mit der Ausführung betraute; meist sollen diese Pflichten billiger gearbeitet haben.

Viele Auftraggeber sind sich gar nicht bewußt, welche große Verantwortung sie unter Umständen auf sich nehmen, wenn sie in so unklarer Weise etwas sparen wollen. Sehr deutlich beleuchtet eine Reichsgerichtsentscheidung vom 6. November 1930 die Rechtslage. Dort wird festgestellt, daß derjenige, der als Auftraggeber die Ausführung gefährlicher Arbeiten, insbesondere die Ausführung elektrischer Anlagen oder von Arbeiten an Stromleitungsanlagen beauftragt, sich sorgfältig darüber vergewissern muß, ob die Betreffenden zur Ausführung von Arbeiten befähigt und bei der Arbeitsausführung in der Lage und gewillt sind, Schädigungen Dritter abzuwenden. Ist die Auswahl nicht in dieser Weise getroffen, sind die Aufträge z. B. an unzuverlässige Schwarzarbeiter vergeben und kommen durch Unfähigkeit oder Unvorsichtigkeit der die Arbeiten ausführenden Personen Dritte zu Schaden, so kann der Auftraggeber nach vorerwähnter Entscheidung des Reichsgerichts unter Umständen wegen fahrlässiger Tötung oder Körperverletzung strafbar sein. In gleicher Weise wird man ihn für Brandschäden an Gebäuden und Inventar haftbar machen können.

Darum, fragen Sie ihr Werk, wenn eine elektrische Installation erforderlich wird, und lassen Sie die Arbeit nur durch einen tüchtigen Fachmann ausführen! Es handelt sich immer um Gut und Leben!

Aus der Landeshauptstadt

Preisentungen bei der Stadt Karlsruhe. Im Rahmen der durch die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten gegebenen Erleichterungen treten in den Leistungen der Stadt Karlsruhe die nachfolgenden Preisentungen ein. Mit Wirkung vom dem im Januar 1932 beginnenden Eingangszeitraum an sollen der Gaspreis von 18 auf 17 Pf. je Kubikmeter und der Strompreis von 40 auf 38 Pf. je Kilowattstunde für Lichtstrom, von 20 auf 19 Pf. je Kilowattstunde für Kraftstrom und von 6 auf 5 Pf. je Kilowattstunde für Nachtstrom ermäßigt werden. Die Städtische Straßenbahn hat schon mit Wirkung vom 1. Januar 1932 die Preise für Monatskarten um 25-30 Proz. gesenkt. Weitere Preisentungen stehen unmittelbar bevor. Im Städtischen Schlacht- und Viehhof werden ab 1. Februar die Gebühren ebenfalls ermäßigt. Der Dampfpreis wird um rund 20 Proz. herabgesetzt. Weitere Ermäßigungen lassen sich für dieses Rechnungsjahr ohne Gefahr für den städtischen Haushalt nicht ermöglichen. Etwa ab 1. April sollen jedenfalls weitere Herabsetzungen folgen. Schließlich erfahren auch die Bäderpreise eine Ermäßigung.

Eintrittskarten zur Bürgerausstellung. Nach der Bekanntmachung des Oberbürgermeisters wird der Zutritt zum Zuhörerraum (Galerie des Bürgerkaales) bei der Bürgerausstellung am 18. d. M. nur gegen Eintrittskarten gestattet.

Weitere Herabsetzung der Kaminfegergebühren. Auf Anregung des Ministers des Innern haben sich die Kaminfegermeister des Amtsbezirks Karlsruhe mit folgender Senkung der Kaminfegergebühren einverstanden erklärt: Alle Kaminfegergebühren für fahrlässige Behr- und sonstige Kaminfegergeschäfte werden ab 1. Januar 1932 um insgesamt 12 v. H. gesenkt. Die Gebühren für das Ausbreiten von Kaminen, Kaminen usw. werden, falls sie bisher höher waren, ab 1. Januar 1932 auf das Vierfache der einfachen Reinigungsgebühren ermäßigt. Auch dieser ermäßigte Satz unterliegt der Senkung von 12 v. H. Kleine Zentralheizungsanlagen bis zu 1 Quadratmeter Heizfläche werden ab 1. Januar 1932 mit einer Gebühr von 75 Reichspfennig berechnet. Dieser Satz unterliegt ebenfalls der Senkung von 12 v. H.

Badisches Landestheater. Die Neucinstudierung der Operette „Der Ketter aus Dingelsbühl“ von Hermann Haller und Aidamus, Musik von Ewald Künneke, gelangt am Sonntag, den 17. Januar, im Konzerthaus zur ersten Wiederholung. In der Operette, die von Ulrich von der Trenck in Szene gesetzt ist, wirken die Damen Jant, Seiberlich und Genter, sowie die Herren Ernst, Kloeble, Luther, Paul und Hans Müller und Krüger mit. Die musikalische Leitung hat Curt Stern. Die Länge wurden von Alfons Kloeble einstudiert.

Die neue Oper von Hans Fikner „Das Herz“, die auch vom Badischen Landestheater angenommen wurde, wird in Karlsruhe in der nächsten Zeit herauskommen. Die Einstudierung hat begonnen, so daß mit der Erstaufführung Mitte Februar zu rechnen ist.

Gemeinderundschau

Verlegung der Oberrheinbahn in Heidelberg? Der Stadtrat Heidelberg hat mehrere Projekte für die Verlegung der Oberrheinbahn zwischen Karlsruh und Teufelsstangel und für den Neubau des Karlsruh-Bahnhofes erörtert und für den Fall, daß die Bauarbeiten baldigst in Angriff genommen werden, die Bewilligung eines größeren Zuschusses in Aussicht gestellt. — Außerordentlich günstige Erfahrungen haben den Stadtrat veranlaßt, weitere 28 jugendliche Erwerbslose zur Teilnahme an einem sechsmonatigen Fortbildungskurs auf den Odenberg zu schicken.

Der Stadtrat Heidelberg hat beschlossen, die Mieten in den Neubauwohnungen der Stadt und der Gemeinnützigen Gesellschaft für Haus- und Grundbesitz um 10 Proz. mit Wirkung ab 1. Januar 1932 zu senken. In Aussicht genommen sind mit einem Gesamtaufwand von 225 000 M Notstandsarbeiten, zumeist Straßenbauten und die Herstellung des Grundstücks am Thermalbad. Mit den vom Reiche zur Verfügung gestellten 250 000 M sollen 100 Zieblerstellen für Erwerbslose errichtet werden.

Gegen die Aufhebung des Versorgungsamtes Heidelberg. Der Oberbürgermeister hat nach eingehender Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse beim Reichsarbeitsminister gegen die geplante Aufhebung des Versorgungsamtes Heidelberg scharfe Verwahrung eingelegt. Dadurch würde nicht nur keine Ersparnis erzielt, sondern im Gegenteil eine Mehrbelastung für den Reichsfiskus wie auch für die vom Versorgungsamt Betroffenen eintreten.

Der Gemeinderat Ludwigsburg beschloß u. a., mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Aufstellung des Voranschlags des Ministeriums für Kultus und Unterricht zu eruchen, die Sparmaßnahmen an der Realschule durchzuführen. Die Finanzlage gestatte nicht, ganze oder teilweise Realschulgebäude künftig in anderen als den durch ministerielle Verordnung bestimmten Fällen eintreten zu lassen. Den Bäckern der Gemeinde- und Stiftungsgrundstücken wird für das Rechnungsjahr 1931 eine Pachtzinsermäßigung von 10 Prozent bezahlt werden. Falls die Zahlung erst im Laufe des Monats Februar erfolgt, wird der Nachschuß auf 5 Prozent beschränkt.

Tariffentung in Forstheim. Auch in Forstheim ist eine Senkung der Tarife der städtischen Werke und Erwerbshäuser sowie Gebühren eingetreten.

Abbau der Gebühren in Durlach. Der Gaspreis wurde in Durlach zunächst um einen Pfennig pro Kubikmeter gesenkt. Die Müllabfuhrgebühren erfahren ab 1. April eine Ermäßigung um 10 Proz.

Fremdenverkehr Baden-Badens. In einem Rückblick auf 1931 berichtet die Kurdirektion über eine fortschreitende Schrumpfung des gesamten deutschen Fremdenverkehrs. Die Zahl der Ankünfte in Baden-Baden ist mit 6924 gegen 79 452 im Vorjahre um 13 Proz. zurückgegangen. Im Vergleich zu anderen Fremdenplätzen scheidet Baden-Baden noch sehr günstig ab. Der Rückgang des deutschen Besuchs betrug 11,33 Proz., des ausländischen 17,24 Proz. und des nordamerikanischen 33,52 Proz. Im Jahre 1931 haben 18 586 Ausländer unsere Bäderstadt besucht gegen 22 457 im Jahre 1930. Schwerwiegender ist der Ausfall an Übernachtungen, der 17,34 Proz. beträgt und die Wirtschaftlichkeit der mit dem Kur- und Fremdenbetriebe verknüpften Unternehmungen gefährdet. Von 462 428 Übernachtungen im Jahre 1931 (1930: 559 430) entfallen auf deutsche Besucher 359 118 gleich 77,66 Proz., auf außerdeutsche Besucher 103 310 gleich 22,34 Proz. Die auf jeden einzelnen Besucher entfallende durchschnittliche Übernachtungszahl ist von 7,04 Nächten auf 6,69 gefallen.

Kostautoverkehr Baden-Baden-Gaggenau. Die seit 1929 eingerichtete Automobillinie Baden-Baden-Gaggenau, die sich in der ersten Zeit rentierte, ist zu einem Zuschußbetrieb geworden. Die Post hat sich bereit erklärt, künftig zwei Drittel des Defizits zu tragen und die Zuschüsse der Gemeinden insgesamt auf 2000 M zu begrenzen. Der Stadtrat Baden-Baden stimmte dieser neuen Vertragsbasis mit der Maßgabe zu, daß die finanzielle Belastung der Stadt auf höchstens 1000 M pro Jahr abgegrenzt wird.

Dos-Korrektion vor dem Bürgerauschuss Baden-Baden. Ende November v. J. hat der Stadtrat Baden-Baden den Beschluß über die Korrektion der Dos und ihrer Vorfluter des Dos-Sandbachkanals und des Kreutzgrabens sowie verschobener Nebenbäche als Kostautoverkehr mit einem voranschlagsmäßigen Aufwand von 249 000 M gefaßt. Am heutigen Freitag wird nunmehr der Bürgerauschuss Baden-Baden zusammentreten, um sich, nachdem die Durchführung der Arbeiten angeht, der großen Arbeitslosigkeit bereits aufgenommen wurde, Stellung zu diesem Beschluß zu nehmen. Sieben Monate lang werden durch die Dos-Korrektion 122 Arbeiter beschäftigt finden.

Aus dem Neher Gemeinderat. Das vorgezeichnete Bauprojekt von 12 Unterflurkellerräumen für rentierte Mieter auf dem Pionierlandungsplatz soll zurückgezogen werden. Die Baupläne sollen eine Einschränkung dahin erfahren, daß nur fünf Unterflurkellerräume in dem auf dem Platz stehenden massiven Gebäude geschaffen werden sollen. Aus Reichsmitteln stehen auf einem vom Kultusminister geperrten Sonderkonto noch 15 000 M zur Verfügung, die für einen kulturellen Zweck verwendet werden sollen. Mit diesem Betrag soll der im Uniontheater notwendig gewordene Umbau von Garderobe, Ankleideräumen und Bühne durchgeführt werden, wenn weitere Theatervorstellungen dortselbst genehmigt werden sollen. Um den Zuschuß nicht zu verlieren, entschloß sich der Gemeinderat zur Durchführung dieser Umbauarbeiten, die einen Aufwand von 16 000 M beanspruchen. In der Frage der Vorstadtsiedlung liegt dem Gemeinderat ein Projekt vor, das die Erstellung von 41 Siedlungen auf dem früheren Pionierlandungsplatz vorsieht, was ein Reichsdarlehen von 80 000 M beanspruchen würde.

Aufhebung der Wohnungsmangelvorschriften in Breisach. Ähnlich wie in Willingen hat auch der Breisacher Gemeinderat beschlossen, beim Ministerium des Innern den Antrag auf Aufhebung der Vorschriften des Reichswohnungsmangelgesetzes, sowie der badischen Wohnungsmangelverordnung zu beantragen, da für die Stadtgemeinde Breisach diese Bestimmungen nicht mehr notwendig sind.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Antlitz)

	15. Januar		14. Januar	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	168,98	169,32	168,98	169,32
Kopenhagen 100 Kr.	80,72	80,88	79,12	79,28
Italien 100 L.	21,28	21,32	21,30	21,34
London 1 Pf.	14,69	14,73	14,41	14,45
New York 1 D.	4,209	4,217	4,209	4,217
Paris 100 Fr.	16,49	16,53	16,50	16,54
Schweiz 100 Fr.	81,92	82,06	81,92	82,06
Wien 100 Schilling	49,95	50,05	49,95	50,05
Brag. 100 Kr.	12,465	12,485	12,465	12,485

Hier wirkt Wismut
Es macht unempfindlicher
gegen Erkältung!

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 13. Januar 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 13. Januar 1932 für eine Unze Feingold 120 sh 9 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 13. Januar 1932 mit 14,37 RM umgerechnet 86,7589 RM, für ein Gramm Feingold demnach 46,5864 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,78936 RM.

Effekten- und Geldmarkt

Die deutschen Börsen hatten zum Jahresbeginn eine sehr feste Tendenz, zumal auch das Ausland stärkeres Interesse für deutsche Papiere zeigte. Infolge der unklaren politischen Lage kam es in dieser Woche jedoch wieder zu Rückschlägen. Das Echo der Brüning-Erklärungen zur Reparationsfrage, ferner der negative Ausgang der Verhandlungen um die Kandidatur Hindenburgs haben sehr verstimmt. Die Rückgänge der Kurse bewegten sich jedoch in engen Grenzen. Auch am Rentenmarkt kam es zu kleinen Abschwüngen. Im Verlauf der Woche bewegte sich jedoch eine Befestigung durch. Das Publikum bleibt weiter hoffnungsvoll gestimmt. Die Zinsvereinbarungen im Bankgewerbe sind mit einem Grund aus dem Geldmarkt heraus und in die Effektenmärkte hineinzugehen.

Die Beanspruchung der Reichsbank zum Jahreswechsel hielt sich in niedrigeren Grenzen als in früheren Jahren. Der Ausweis der Notenbank zeigt, wie stark die Wirtschaftsschrumpfung ist. Bei einigermaßen befriedigendem Verlauf der Stillhalterverhandlungen wird man die Frage einer Diskontsenkung erneut prüfen müssen. Die Zinsvereinbarungen der Banken, Sparkassen und Genossenschaften sind nunmehr abgeschlossen. Der Zinssatz für täglich fällige Gelder beträgt 4 Prozent, für kündbare Anlagen 5 Prozent. Trotz dieser Zinssenkung bleibt es fraglich, ob dadurch auch der Umsatz gesteigert wird. Die Erfahrungen mit Höchstpreisen für Waren sprechen jedenfalls dagegen.

Insolvenz der Badischen Elektrizitäts-W.G. Mannheim. Die mit einem Aktienkapital von 100 000 RM arbeitende Beag (Badische Elektrizitäts-W.G.) hat mit Wirkung vom 11. Januar die Zahlungen eingestellt. Angestrebt wird ein gerichtlicher Vergleich mit dem Zwecke der Liquidation der Gesellschaft. Begründet wird dieser Schritt mit der Schrumpfung des industriellen Bedarfs, der großen Konkurrenz, dem Preisabbau und der Unmöglichkeit, den Immobilienbesitz zu verwalten. In der letzten per 31. Dezember 1930 aufgestellten Bilanz betragen die Kreditoren 83 297 RM, die Akzepten 12 010 RM. Der Immobilienbesitz von 91 000 RM war mit 81 000 RM belastet. Die Warenvorräte waren mit 68 799 RM eingesetzt, die Debitoren mit 61 663 RM.

Schlussschlichtung im Konkurs der Bäckerei-Bauk. Im Konkursverfahren des Bankhauses Otto Bäckerei & Co., Freiburg, findet die Schlussschlichtung statt. Soweit Gläubiger bisher bereits 15 Prozent als Abschlagszahlung erhalten haben, können sie keine Berücksichtigung mehr finden. Verfügbar sind 507 895 RM gegenüber 3,3 Millionen Bankgläubigern und 14 800 RM private Schulden der Bankinhaber, wofür weitere 30 000 RM verfügbar sind.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Heidelberg, 14. Jan. Das Wohlfahrts- und Jugendamt hatte Kenntnis erhalten, daß der erwerbslose Peter Kocher im Vorort Kirchheim ein Schwein geschlachtet und Dindrüben verkauft hatte. Der Oberförster Hofmann wurde daher beauftragt, Erhebungen anzustellen. Als sich der Beamte wieder aus der Wohnung des Kocher entfernen wollte, fiel dieser von hinten über den Beamten her. Durch heftige Gegenwehr konnte sich der Beamte rechtzeitig freimachen. Auf der Straße wurde er vom Fenster aus von den beiden Söhnen des Kocher bedroht. Der Beamte mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Hd. Reichen (bei Mannheim), 14. Jan. Vor vier Jahren wurde die verheiratete Tochter einer hiesigen Witwe in ihrer Wohnung erhängt aufgefunden. Durch Fernwürfnisse in der Familie lenkte sich jetzt der Verdacht auf die Mutter, die Tochter erwürgt zu haben. Die Witwe und der Schwiegerjohn, mit dem sie seit dem Tode ihrer Tochter zusammenlebte, wurden nunmehr verhaftet.

Hd. Bruchsal, 14. Jan. Der allseits beliebte Fabrikant Ludwig Kuhn ist gestern im Alter von 77 Jahren gestorben. Er war über 35 Jahre Teilhaber der Firma Körner, Würger & Co., Zigarettenfabriken. Als Stadtverordneter der ehemaligen Nationalliberalen Partei gehörte er von 1906 bis 1918 dem Bruchsaler Bürgerausschuß an. Ein Menschenalter lang ließ er seine schätzenswerte Kraft der Handelskammer. Er war auch Handelsrichter. Mitglied des Bezirksrats war Kuhn von 1904—1908.

Hd. Bruchsal, 14. Jan. Wie in anderen Städten ist auch hier ein Rückgang der Anmeldungen zu den höheren Schulen festzustellen. Den größten Rückgang hat das Gymnasium mit 30 Schülern gegenüber 60 Schülern im Vorjahre. Die Mädchenschule verzeichnet 34 Anmeldungen für die Sexta gegenüber 56 im Vorjahre.

Hd. Baden-Baden, 14. Jan. In der letzten Vorstandssitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Baden-Baden berichtete Verbandsdirektor Doll über die finanzielle Lage der Kasse. Nach seinem Bericht schließt das Jahr 1931 mit einem Fehlbetrag von 166 000 RM ab, der bis auf 40 000 RM aus Re-

serven gedeckt ist. Zur Ausgleichung des Etats 1932 ist die Kasse gezwungen, eine Beitragserhöhung von 1,5 Proz. durchzuführen. Weiter soll die Höchstgrenze für kleinere Beihilfen von 40 auf 20 RM für Pflichtversicherte, und auf 10 RM für Familienangehörige herabgesetzt werden.

Um die Krisenfürsorge. Der Verband bad. Gemeinden hat beim Landesarbeitsamt Südwestdeutschland in Stuttgart den Antrag gestellt, für die um die Städte liegenden Arbeiterwohn-gemeinden die Einschränkung der Krisenfürsorge wenigstens in der jetzigen Notzeit aufzuheben, weil diese Gemeinden nicht in der Lage sind, die von der Krisenfürsorge ausgeschlossenen Personen infolge Mangel an Mitteln selbst zu unterstützen. Der Württembergische Gemeindegewerbeverband in Stuttgart hat sich diesem Verlangen angeschlossen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Sammlungen. Die dem Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen e. V. in Berlin W 9, Potsdamer Straße 126, erteilte Erlaubnis, im Lande Baden durch Verbeschreiben und Aufrufe eine Werbung zur Vermittlung von Patentstellen und eine Sammlung zugunsten dieses Personenkreises vorzunehmen, wird bis zum 31. Dezember 1932 unter der Bedingung verlängert, daß der Reichsverband von jeder ermittelten Patentstelle und Unterstützung den zuständigen Bezirksfürsorgeverband benachrichtigt.

Karlsruhe, den 12. Januar 1932.
Der Minister des Innern.
J. A. Schöff.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig Angestellt:
Wachmeister Markus Burgert beim Bezirksamt Neustadt, Bietst.

Verwaltungsinspektor Franz Diebold beim Bezirksamt Donaueschingen zu jenem in Lehr.
Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Gendarmereikommissar Karl Lehner in Eppingen und Gendarmereioberwachmeister Franz Hirs in Steiflingen.

Gestorben:
Regierungsrat Dr. Walter Müller in Konstanz.

Bad. Lichtspiele
Konzerthaus
Heute 8,30 Uhr u. folgende Tage
Spanien
Bühnenschau: Spanische u. maurische Tänze
der Tanzschule
Liesel Suhr
Jugend zugelassen

Einladung.

Die Mitglieder der Badischen Anwaltskammer werden zur **ordentlichen Kammerversammlung** auf

Samstag, den 27. Februar 1932, nachmittags 1/2 3 Uhr, in das Justizgebäude zu Karlsruhe, Hans-Thoma-Straße Nr. 7 (Schwurgerichtssaal) ergebend eingeladen. Die vom Vorstand zu stellende Rechnung liegt für die Kammermitglieder während einer Woche vor der Versammlung auf dem Anwaltszimmer ebendasselbst auf. Die lokalen Anwaltsvereine werden ersucht, die Herren Kollegen ihres Bezirks außerdem noch besonders einzuladen (§ 6 G.O.).
Zum Anschluß an die Versammlung gemeinsames Abendessen.

Karlsruhe, den 28. Dezember 1931. L. 647
Der Vorstand der Badischen Anwaltskammer
Der Vorsitzende
Dr. Dieb.

Tagesordnung:

- Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Vorstandes in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1931.
- Rechnungslegung.
- Entlastung des Vorstandes.
- Bevollmächtigung von 6000 RM zur Unterstützung von badischen Rechtsanwältinnen und deren Hinterbliebenen.
- Anderweite Festsetzung des Kammerbeitrags und der Einstufungsklassen unter Ermäßigung des Beitrags für die untersten drei Stufen.
- Vorstandswahlen:

Es scheiden aus in Folge des Ablaufs ihrer Wahlperioden die Herren:
Schöck, Dr. Otto, Heidelberg; Fürst, Dr. Friedrich, Karlsruhe; Steinel, Eugen, Forstheim; Marum, Dr. Ludwig, Karlsruhe; Kimmig, Dr. Wolfram, Konstanz; Pfefferte, Dr. Otto, Freiburg; Harzer, Hermann, Lörrach; Rheinbl, Anton, Rosbach; Brombacher, Wilhelm, Karlsruhe.

Im Vorstand verbleiben die Herren:
Dieb, Dr. Eduard, Karlsruhe; Vielesfeld, Dr. Richard, Karlsruhe; Vinckel, Anton, Mannheim; Gentil, Joseph, Mannheim; Gönner, Dr. Richard, Karlsruhe; Waldeck, Dr. Florian, Mannheim; Ludwigs, Dr. Kurt, Mannheim; Rees, Adolf, Achern; Stein, Hugo, Karlsruhe.

- Referate
a) über die Wirtschaftsprüferfrage und die Anwalts-Treuhand-G.
Referenten: Dr. Marum, Karlsruhe und Dr. Köhler, Karlsruhe;
b) über die Zivilprozessnovelle
Referenten: Dr. Gecht, Mannheim und Dr. Marc, Mannheim.
- Berschiedenes.

Inventur-Ausverkauf

Preise rücksichtslos herabgesetzt, aber unsere Qualitäten bleiben bestehen.

Orientteppiche

u. Brücken
trotz niedrigster Preise

10% Rabatt

Ein großer Posten hoch-
deutscher Teppiche
in allen Größen, sowie
Bettvorlagen
außergewöhnlich billig.

Teppiche

Bouclé, reines Haargarn	200x300	250x350
170x230	21.-	30.-
Axminster, reine Wolle	200x300	250x350
170x230	45.50	68.50
Prima Velour	200x300	250x350
	88.-	138.-
la Tournay	200x300	250x350
	108.-	157.-

Läuferstoffe

Jacquard, Bouclé	68 cm brt. mtr.	4.-
	90 cm brt. mtr.	5.40
	120 cm brt. mtr.	7.60

Bettumrandungen

in großer Auswahl

Schlafdecken

Wolle und Kamelhaar
9.90 13.50 19.80

Möbelbezugstoffe

in unübertroffener Auswahl

10%
Rabatt auf unser
reguläres Lager

Stores

Engl. Tüll und Etamine mit
Handfließ
1.10 2.50 2.90

Dekorationsstoffe

Kunstseide, bedruckt und
Jacquard, ca. 110/130 cm breit
Mtr. **1.36 1.60 2.25 2.45**

Tischdecken

Gobelin und Kunst-Seide
140x170

6.30 8.30 11.50

Diwanddecken

9.50 11.50 15.75

Reisedecken

reine Wolle und Kamelhaar
10.50 17.50 22.-

Dreyfuss & Siegel

Kaiserstraße 197

Inserieren bringt Gewinn

Drud. G. Braun, Karlsruhe

B. 586. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Casimir Zankowski in Karlsruhe, Welschstr. 10 wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, den 8. Januar 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.



Badisches Landestheater

Samstag, 16. Januar 1932
Nachmittags:

Sondervorstellung für die Volkshilfshilfe

Der gestiefelte Kater

Märchenstück
von Emil Alfred Herrmann

Dirigent: Ebbede
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Erwig, Genier, Seiling,
Brand, Ernst, Herz, Höder,
Kienischer, Kuhne, Luther,
Mehner, S. Müller, Prüter,
Schulze, S. Müller, Vinckel,
mann, Nagel.

Anfang 15^{1/2}, Ende 17^{1/2}

Abends:
* C 14 Th.-Gem. 1201—1300

Prinz Friedrich von Homburg

Schauspiel von Kleist

Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Vertram, Frauendorfer,
Genier, Seiling, Baumbach,
Ernst, Dahlen, Gemmede,
Herz, Höder, Kienischer,
Kloebie, Kuhne, Mehner,
Luther, S. Müller, Prüter,
Schneider, v. d. Trend, Eich,
Grimm, Kuhn, Lindemann,
S. Müller, Nagel, Seibert

Anfang 20 Ende geg. 22^{1/2}

Preise B (0,70—4,20 RM)

So. 17.1. Morgenfeier „Foh-
Sittau“. Abends: Neu
einstud.: Der Troubadour.

Im Konzerthaus: Neu ein-
studiert: Der Bettler aus
Dingsda.

B. 670